Tagesordnungspunkt 7c / Änderungen der Satzung

Änderungen zum bisherigen Inhalt der Satzung sind bei Streichungen ~~durchgestrichen~~ und bei Ergänzungen unterstrichen markiert.

Die Änderungen aufgrund der Verschmelzung sind „grün“ markiert.

Weitere Änderungen beruhen auf Empfehlungen in der neuen Muster-satzung des Bundesverbands der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR) und sind „gelb“ markiert.

I. FIRMA, SITZ, ZWECK UND GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

§ 1 Firma und Sitz

(1) Die Firma der Genossenschaft lautet:

Volksbank Albstadt eG-Volksbank Zollernalb eG

(2) Die Genossenschaft hat ihren Sitz in 72458 Albstadt Balingen.

§ 2 Zweck und Gegenstand

(1) Zweck der Genossenschaft ist die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder.

(2) Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von banküblichen und ergänzenden Geschäften, insbesondere

a) ...

i) der Kauf und Verkauf, die Entwicklung, die Erschließung, die Projektierung, die Bebauung, Vermietung und Verpachtung sowie Vermittlung von Immobilien einschließlich Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten

j) die Errichtung und Unterhaltung von Anlagen zur Erzeugung und der Handel mit regenerativen Energien.

II. MITGLIEDSCHAFT

§ 3 Erwerb der Mitgliedschaft

(1) ...

(2) Die Mitgliedschaft wird erworben durch

a) eine von dem Beitretenden zu unterzeichnende unbedingte Beitrittserklärung des Antragstellers in Textform (§ 126b BGB), die den Anforderungen des Genossenschaftsgesetzes entsprechen muss und

§ 5 Kündigung

(1) ...

(2) ...

(3) Die Kündigung muss schriftlich in Textform erklärt werden und der Genossenschaft mindestens drei Monate vor Schluss eines Geschäftsjahres zugehen.

§ 6 Übertragung des Geschäftsguthabens

- (1) Ein Mitglied kann jederzeit, auch im Laufe des Geschäftsjahres, sein Geschäftsguthaben durch **schriftlichen Vertrag Vereinbarung in Textform** einem anderen übertragen und hierdurch aus der Genossenschaft ohne Auseinandersetzung ausscheiden, sofern der Erwerber bereits Mitglied ist oder an seiner Stelle Mitglied wird.

III. ORGANE DER GENOSSENSCHAFT

B. DER AUFSICHTSRAT

§ 24 Zusammensetzung und Wahl des Aufsichtsrats

- (1) ...
- (2) ...
- (3) ...
- (4) Das Amt eines Aufsichtsratsmitglieds endet sofort, wenn es darauf beruht, dass das Aufsichtsratsmitglied Mitglied einer eingetragenen Genossenschaft ist, und diese Mitgliedschaft beendet ist. Entsprechendes gilt für zur Vertretung anderer juristischer Personen oder Personengesellschaften befugte Personen, wenn deren Vertretungsbefugnis endet. Besteht Streit über die Beendigung der Mitgliedschaft bzw. Vertretungsbefugnis, entscheidet die **schriftliche Erklärung in Textform** der Genossenschaft bzw. anderen juristischen Person oder Personengesellschaft, dass die Mitgliedschaft bzw. Vertretungsbefugnis beendet ist.

§ 25 Konstituierung, Beschlussfassung

- (1) ...
- (2) ...
- (3) ...
- (4) Die Sitzungen des Aufsichtsrats sollen mindestens vierteljährlich stattfinden. Außerdem hat der Vorsitzende eine Sitzung unter Mitteilung der Tagesordnung einzuberufen, sooft dies im Interesse der Genossenschaft nötig erscheint oder wenn es der Vorstand oder mindestens die Hälfte der Aufsichtsratsmitglieder **in Textform schriftlich** unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangt. Wird diesem Verlangen nicht entsprochen, so können die Antragsteller unter Mitteilung des Sachverhalts selbst den Aufsichtsrat einberufen.

C. DIE VERTRETERVERSAMMLUNG

§ 26 d Aktives Wahlrecht

- (1) ..
- (2) ...
- (3) ...
- (4) ...
- (5) Wahlberechtigte gesetzliche bzw. ermächtigte Vertreter oder Bevollmächtigte müssen ihre Vertretungsbefugnis auf Verlangen des Wahlausschusses **in geeigneter Form schriftlich** nachweisen.

§ 26 f Amtsdauer, Beginn und Ende des Vertreteramtes

- (1) ...
- (2) ...
- (3) ...
- (4) Das Vertreteramt endet vorzeitig, wenn es darauf beruht, dass der Vertreter zur Vertretung einer juristischen Person oder Personengesellschaft befugt ist, und diese Vertretungsbefugnis erloschen ist. Besteht Streit über das Erlöschen der Vertretungsbefugnis, entscheidet die **schriftliche** Erklärung **in Textform** der juristischen Person bzw. Personengesellschaft, dass die Vertretungsbefugnis erloschen ist.

§ 28 Einberufung und Tagesordnung

- (1) ...
- (2) ...
- (3) ...
- (4) ...
- (5) ...
- (6) ...
- (7) In den Fällen der Absätze 3 und 5 gelten die Mitteilungen als zugegangen, wenn sie **zwei-vier** Werktagen vor Beginn der Frist abgesendet worden sind.

§ 33 Abstimmungen und Wahlen

- (1) Abstimmungen und Wahlen werden mit Handzeichen oder mit Stimmzetteln durchgeführt. Sie müssen geheim erfolgen, wenn der Vorstand, der Aufsichtsrat oder mindestens der vierte Teil der bei der Beschlussfassung hierüber gültig abgegebenen Stimmen es verlangt. Vorstand oder Aufsichtsrat können vor einer Präsenzversammlung festlegen, dass Abstimmungen und Wahlen in der Versammlung im Wege elektronischer Kommunikation durchgeführt werden.

VII. BEKANNTMACHUNGEN

§ 46 Bekanntmachungen

- (1) Die Bekanntmachungen der Genossenschaft werden, soweit gesetzlich oder in der Satzung nichts Abweichendes vorgeschrieben ist, unter ihrer Firma auf der öffentlich zugänglichen Internetseite der Genossenschaft oder in den in Albstadt erscheinenden papierhaften Ausgaben der Hohenzollerischen Zeitung, der Schwäbischen Zeitung – Ausgaben Sigmaringen und der ZOLLERN-ALB-KURIER – und des Schwarzwälder Boten – Lokalausgaben Albstadt/Balingen und Hechingen –, der Jahresabschluss und der Lagebericht sowie die in § 325 HGB genannten Unterlagen werden nur im Unternehmensregister veröffentlicht.
- (2) Bei der Bekanntmachung sind die Namen der Personen anzugeben, von denen sie ausgeht.
- (3) Sind die Bekanntmachungen im << Zollern-Alb-Kurier >> und << Schwarzwälder Boten >> in den papierhaften Ausgaben der Hohenzollerischen Zeitung, der Schwäbischen Zeitung – Ausgaben Sigmaringen und ZOLLERN-ALB-KURIER – und des Schwarzwälder Boten – Lokalausgaben Albstadt/Balingen und Hechingen – nicht möglich, so wird bis zur Bestimmung eines anderen Bekanntmachungsorgans durch die Vertreterversammlung diese durch unmittelbare Benachrichtigung sämtlicher Vertreter in Textform einberufen. Die übrigen Bekanntmachungen erfolgen bis zur Bestimmung eines anderen Bekanntmachungsorgans auf der öffentlich zugänglichen Internetseite der Genossenschaft oder im Bundesanzeiger.